Jour fixe vom 06.12.2021

– 1. Fortsetzung, 2. Rüstungsdiplomatie (GS 3-21)

1. Fortsetzung der Diskussion vom 22.11.2021 zur Ukraine und dem Gipfeltreffen zwischen Biden und Putin (GS 3-21)

— Letzte Woche trafen sich die Außenminister Russlands und der USA, Lawrow und Blinken. Russland forderte von der NATO eine Abstandsgarantie zu seiner Westgrenze. Bezeichnend ist, wie die Öffentlichkeit diese Forderung mit der üblichen ‚Kunst des Wegignorierens' (S. 88) zurückgewiesen hat. Die Botschaft der SZ war es zu betonen, dass alle Staaten in der russischen Peripherie das Recht hätten, souverän über ihre Allianzen zu entscheiden. Bestritten wurde, dass die NATO-Osterweiterung überhaupt ein Vordringen in Richtung Russland sei. Russland sei ein Aggressor, der das Rad der Geschichte zurück drehen möchte. Ein Zweck der NATO kommt dagegen gar nicht vor. Putin hat im Vorfeld zum Videotreffen mit Biden am 7.12. konstatiert, dass im Jahr 2004 sieben ehemalige Mitgliedsländer des Warschauer Paktes bzw. der Sowjetunion in die NATO aufgenommen wurden, und er hat ‚rote Linien' signalisiert, die mit der befürchteten Verlegung militärischer Nato-Infrastruktur in die Ukraine überschritten wären. Die USA haben die Forderung nach der Berücksichtigung ‚roter Linien' zurückgewiesen, weil ihre Politik einzig ihren (guten) Maßstäben folge.

— Dazu passt auch die Aussage der Außenminister Deutschlands und Frankreichs, sich in puncto Ukraine an keine jemals getroffenen Vereinbarungen gebunden zu sehen.

Zwischen der Besprechung der Öffentlichkeit und der Stellungnahme der Politik ist ein Unterschied, der mit ‚Wegignorieren' nicht getroffen wird. Die *Presse* sortiert, wer Aggressor und wer Opfer ist, wessen Handeln immer Angriff oder nur Reaktion bzw. notwendige Verteidigung ist. Dagegen beinhalten die Stellungnahmen der führenden *politischen* Subjekte des Westens einen Fortschritt und eine weitere Etappe im Bedrängen und Unter-Druck-Setzen Russlands. Sie sind also nicht bloß eine ideologische Verdrehung, denn indem sie Putins ‚rote Linien' zurückweisen, weisen sie das russische Sicherheitsinteresse zurück. Indem sie ihre eigene Aggression als Reaktion auf die russische Bösartigkeit rechtfertigen, legitimieren sie ihr Vorantreiben der Feindschaft als selbstverständliche Notwendigkeit.

Zur Ansage der westlichen Politik an Russland, die Länder könnten selbst entscheiden, ob sie der NATO beitreten: Es ist natürlich die NATO, die entscheidet, ob sie ein Mitglied aufnimmt. Es ist nicht die Entscheidung der Länder, die den Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft äußern. Der Fortschritt in dieser Ansage liegt in der Klarstellung, dass es Russland nichts anzugehen hat, wenn die Ukraine aufgenommen wird; dass Russland die NATO-Entscheidung und damit das Vorrücken an seine Grenze zu akzeptieren hätte.

Das Muster der hiesigen Öffentlichkeit – was mit ‚Wegignorieren' ausgedrückt werden sollte – ist immer das gleiche, weil es ihr auf die ideologische Betrachtung ankommt: Russland ist böse, weil man nicht weiß, was es vorhat und mit dem Schlimmsten zu rechnen ist. Dass Putin *nicht* sagt, was er will, indem er *sagt*, keine kriegerischen Absichten zu haben, verstärkt diesen Modus der Verdächtigung. Was da ‚wegignoriert' wird ist das handelnde Subjekt – die NATO und der Westen –, das an die russische Grenze vorrückt und darüber bestimmt, wer und wer nicht in die NATO aufgenommen wird; das rote Linien definiert, dasselbe aber bei Russland als Aggression definiert. Von diesem Subjekt will die Öffentlichkeit nichts wissen, weil das nicht in ihr bombenfestes Feindbild passt.

— War die Ausdehnung der NATO bis an die Westgrenze Russlands Gegenstand des 2-plus-4-Vertrags von 1990?

Damit Russland der Wiedervereinigung zustimmt, wurde damals mündlich (Kohl an Gorbatschow) zugesichert, dass die NATO ohne Zustimmung des Kreml nicht in das Gebiet des Warschauer Pakts vordringen würde. Das war die Diplomatie, mit der Russland übertölpelt wurde. Russland beurteilt es heute als Fehler, diese Vereinbarungen nicht schriftlich fixiert zu haben. Erst später sicherte die NATO zu, keine Atomwaffen, keine Kommandozentralen und keine Truppen mit einer Stärke von mehr als 10.000 Soldaten pro Land in den Beitrittsländern zu stationieren (NATO-Russland Grundakte von 1997). Bis vor kurzem haben die USA dies der Form nach auch eingehalten und die Truppen nur zeitlich

befristet und später dann rotierend eingesetzt. Derzeit sind sie dabei, eigene Truppen fest zu stationieren.

In den drei Artikeln (GS 3-21) wird als roter Faden verfolgt, *wie* die USA ihre Feindschaft gegen die russische Föderation, gegen den Störfall auf ihrem Globus be- und vorantreibt. Beim **Ukraine-Artikel** (S.87) sollte man sich daran erinnern, was das Land zu Sowjet-Zeiten war und was es jetzt ist. Die Ukraine war ein reiches Land mit einer Bevölkerung von 80 Millionen, ein Hochindustrieland, die Kornkammer und Hauptschmiede im militärisch-industriellen Komplex der Sowjetunion. Daraus wurde das Land mit Marktwirtschaft und Demokratie ‚befreit', also aus dem Verbund der ehemaligen Bruderstaaten herausgelöst, hergerichtet und aufgerüstet zum *Frontstaat* gegen Russland als *einzigem Daseinszweck*. Nach nur 30 Jahren ist das Land ruiniert, eingeklemmt in die Zange einerseits von Russland, von dem es ökonomisch abhängt, und dem IWF, dessen Kredite es sich mit Selbstzerstörung verdienen muss. Auch eine weitere ökonomische Westanbindung verspricht keine gute Perspektive. Das Volk ist verlottert, ausgewandert oder tot und auf 30 Millionen geschrumpft. Die Absurdität ist, dass die Ukraine *sich selbst* unter den ihr aufgepressten Daseinszweck *subsumiert*. Sie betreibt ihren eigenen Ruin als Staatsprogramm, denn die vom IWF geforderte Korruptionsbekämpfung ist das ökonomische Brachlegen der Nation und fördert zugleich die politische Spaltung. Die Ukraine hat kein Gewaltmonopol über die Verhältnisse im Land mehr, keine von allen geteilte Staatsräson mehr und keine Einigkeit im Volk. Selenskyjs neue Militärdoktrin ist ein besonderer Fall der Absurdität, den Ruin des Landes selbst zu betreiben, indem er das Land unter den Zweck subsumiert, für den es vom Westen vorgesehen ist. Er definiert darin sein Militär zum Opfer in einem Krieg, den er gegen die zweitgrößte Atommacht vorbereitet. Die Selbstzerstörung der Nation ist für Selenskyj *der Ausweg* aus seiner aussichtslosen Lage. Aber der so geplante Ausweg deckt sich nicht mit den Vorstellungen der USA: die Ukraine muss Frontstaat bleiben, muss sich also der Feindschaft gegen den großen Rivalen unterordnen.

Thema des 2. Artikels zum **Gipfeltreffen zwischen Biden und Putin** (S. 95) ist die Diplomatie, die die USA *neben* dieser Feindschaft betreiben. Deren Besonderheit liegt darin, dass Biden Russland jeden Respekt verweigert. Schon vor dem Gipfeltreffen bezeichnet er Putin als *Killer* und überzieht Russland mit einer riesigen Sanktionswelle. Auf dem Gipfel betont er die Verachtung für das Land und seinen Chef: Putin lügt, sein Land ist eine Null, es kann und vermag nichts. Jeder anständige Mensch würde sich schämen, diesem Land anzugehören. Deshalb wird es demnächst auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. All das wird von der Warte der totalen Überlegenheit ausgesprochen, die sogar in der DNA der USA festgeschrieben sei. Sie sind das Land der Menschenrechte, machen sich stark für Freiheit und Frieden, sind überhaupt der Hüter des Guten, Schönen und Wahren. Nach dem Gipfel gibt es keine Pressekonferenz. Die USA verachten dieses Land, würden es am liebsten dem Erdboden gleich machen. Warum betreiben sie aber trotzdem diese Diplomatie? Die USA betreiben und verschärfen ihre Feindschaft gegen ein Land, das *militärisch* eine Macht auf Augenhöhe ist. Gerade *deshalb* ist Verständigung notwendig, *deshalb* fand das Treffen statt. Dem Zerstörungspotential Russlands ist es geschuldet, dass die USA mit ihrer Diplomatie rauskriegen wollen, was sich Russland an Zumutungen gefallen lässt, wo Zugeständnisse abgerungen werden können oder ggf. auch gemacht werden müssen und insbesondere, ob und unter welchen Umständen Russland gewillt ist, von seinen Atomwaffen Gebrauch zu machen. Das Militär ist ja kein Feld neben anderen, sondern das letzte Mittel der Souveränität. Deswegen ist die *Rüstungs*diplomatie eine Diplomatie eigener Art. Das ist Gegenstand des 3. Artikels.

*

2. Rüstungsdiplomatie unter Trump und Biden – Fortschritte in der amerikanischen Friedenspolitik gegen den Rivalen in Moskau (GS 3-21)

— Das atomare Patt zwischen den USA und Russland ist der Grund der Rüstungsdiplomatie. Die USA arbeiten daran, diese atomare Ebenbürtigkeit, die Fähigkeit Russlands zum Zweitschlag, zu verunmöglichen. Weil dies noch einige Jahre dauert, versuchen sie in der Zwischenzeit mit Rüstungsdiplomatie die Verhandlungsbereitschaft Russlands in militärischen Angelegenheiten auszunutzen und Konzessionen zu erzwingen.

— Die Möglichkeit sich mit Atomwaffen – trotz Abwehrraketen – gegenseitig auszulöschen, war der praktische Zwang zu Rüstungskontrollverhandlungen. Die USA betreiben eine gigantische Aufrüstung und versichern sich gleichzeitig, dass Russland darauf nicht mit einem Gegenschlag antwortet.

Diese Ebenbürtigkeit hat einen speziellen Inhalt: Russland kann mit seinen Atomwaffen die USA erreichen und vernichten, auch wenn die USA einen Angriff ausführen. Russland kann also die USA existenziell bedrohen. Diese Zweitschlagfähigkeit Russlands ist der Grund für rüstungsdiplomatische Verhandlungen. Gleichzeitig arbeiten die USA daran, diese störende Lage aus der Welt zu schaffen, indem sie an allen Fronten mit vielen neuen Waffen eine Eskalationsdominanz – ihre kriegs*entscheidende* Überlegenheit – herstellen, um einen atomaren Krieg führbar zu machen und gewinnen zu können. Das Ziel ist zwar noch nicht geschafft, aber Russland schon so in die Enge getrieben, dass eine permanente Rückversicherung notwendig ist: Wie Putin die Aufrüstung beurteilt, ob er noch der Auffassung ist, dass ein atomarer Schlagabtausch auch für das eigene Land so zerstörerisch ist, dass er ihn nicht führen kann. Um ihr eigenes Aufrüstungsprogramm abzusichern, das Russlands Zerstörung bezweckt, soll Russland berechenbar bleiben

— Das heißt aber nicht, der Krieg <u>könnte</u> wegen des atomaren Patt jetzt nicht geführt werden, das ist die Abschreckungsideologie. Der Krieg wird nicht geführt, weil der Anspruch ist, ihn <u>siegreich</u> zu führen.

Natürlich können sowohl die USA als auch Russland den Atomkrieg führen. Dass Russland ihn führen kann, ist gerade das Problem der USA, das sie unbedingt beseitigen wollen. Das Ideal der USA ist ihre Fähigkeit, den Sieg zu erringen ohne den Atomkrieg überhaupt führen zu müssen, indem man selber über ein so gigantisches Abschreckungspotential verfügt, das den anderen von vornherein kapitulieren lässt. *Das* versuchen die USA voranzutreiben. Mit dem Einsatz der Atomwaffen wird allerdings mit dem Willen des Feindes auch gleich das von ihm regierte Land zerstört. Von einem „Regieren“ auf dessen Gebiet kann dann jahrzehntelang nicht mehr die Rede sein, weil dort im Wortsinn kein Gras mehr wächst. Dieses Wahnsinns, mit dem sie da kalkulieren, sind sie sich selber bewusst. Deswegen ist Eskalationsdominanz auf jeder Stufe mit der jeweils angemessenen Waffengattung das oberste Ziel. Die Abwägung, den Krieg wirklich bis zum finalen Atomwaffeneinsatz eskalieren zu lassen, weil auf niedrigerer Stufe Waffen fehlen, die der andere hat, wollen die USA nicht treffen müssen. Die Kalkulation, wie weit man gehen will, ob man bereit ist, noch mehr Kosten und Opfer einzugehen oder ob Kapitulation ansteht, wollen sie der Gegenseite aufmachen. Die darf umgekehrt auf keinen Fall, an keinem Punkt und zu keinem Zeitpunkt in der Lage sein, den USA derartige Berechnungen aufzuzwingen. Das ist das Ideal der Eskalationsdominanz.

Der Standpunkt der USA ist es, als alleinige Supermacht nicht zu dulden, dass andere Staaten über gleichrangige atomare Potenzen verfügen. Russland aber verfügt darüber, weswegen die USA diesem Staat nicht nur seine Waffen abhandeln, sondern ihn als Störfall der Weltgeschichte beseitigen wollen. Russland nimmt als Atommacht auf Augenhöhe mit den USA umgekehrt einen anderen Standpunkt ein. Durch demonstrative Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft lebt Russland die Lüge, sich seinen Platz in einer friedlicheren Welt zu erringen und so etwas wie eine „friedliche Koexistenz“ mit den imperialistischen Supermächten erreichen zu können. Russland will mit Hilfe der Rüstungsdiplomatie die *Feindschaft* loswerden, die ihm von Seiten der USA zuteilwird. Die USA aber wollen *Russland* loswerden. Das sind völlig *inkommensurable* Standpunkte und daher sind die Verhandlungen so absurd.

— Der russische Standpunkt einer „Friedensmacht“ ist aber nicht mehr aktuell und passt auch nicht zu der Argumentation des Artikels auf S. 111. Demnach hat sich Russland ein Waffenarsenal zugelegt, um die Anerkennung als gleichrangiger Großmachtstaat zu erlangen. Das ist ein Programm der <u>Selbstbehauptung</u> Russlands gegenüber den USA auf der Grundlage eines dafür geeigneten Rüstungspotenzials. Es ist nicht der Versuch, sich durch Rüstungsdiplomatie mit der Sicherheit der Atomwaffen die Feindschaft der USA durch Abrüstung zu ersparen oder wegzuverhandeln.

Die „Selbstbehauptung“ Russlands ist aber gerade gefährdet durch die praktizierte

Feindschaft seitens der USA. Insofern fällt die Selbstbehauptung mit dem Unterpfand seiner atomaren Bewaffnung damit zusammen, den USA ein Ablassen von ihrer praktizierten Feindschaft abzuringen, die darin besteht, unaufhörlich auf das Ausradieren Russlands hinzuarbeiten. Friedliche Koexistenz *heute* heißt, dass es Russland *mit Hilfe* seiner atomaren Bewaffnung gelingt, die Feindschaft der USA loszuwerden, und als Macht, mit der man auf Augenhöhe verkehren muss, anerkannt zu werden. Damit leistet es sich den Widerspruch, eine friedliche Koexistenz auf Grundlage dessen erzwingen zu wollen, dass es eine atomar bewaffnete Weltmacht ist. Rüstungs*diplomatie* betreibt Russland von dem Standpunkt aus, sich durch ein bisschen Kompromissbereitschaft – was die Anzahl ihrer Sprengköpfe angeht oder durch allseitige Verhandlungsbereitschaft – von der Feindschaft der USA freikaufen zu können, von den gewaltigen Aufwendungen für ihre Selbstbehauptung herunterzukommen und zugleich von den USA als Großmacht anerkannt zu werden, um dann als Großmächte auf Augenhöhe auf dem Globus friedlich koexistieren zu können. Es kommt auf die Inkommensurabilität dieses Standpunkts Russlands mit dem der USA an, die *ihre* Rüstungsdiplomatie mit dem Zweck verfolgen, ihre Aufrüstung voran zu treiben, um Russland loszuwerden.

— Dass sich die USA komplementär zur demonstrativen Verhandlungsbereitschaft Russlands einen Vorteil verschaffen wollen, indem sie dem Land ein paar nützliche Kompromisse abringen, ändert nichts an der Inkommensurabilität beider Standpunkte.

Neben der Rüstungsdiplomatie auf höchster Ebene, die ihre Grundlage überhaupt nur in den komplementären Vernichtungspotenzen beider Seiten hat und in dem Interesse, dass der jeweils andere nicht zum Gebrauch dieser Potenzen schreitet, kennzeichnet der Artikel allerdings auch den gar nicht unwichtigen Sekundärnutzen von Verhandlungen auf allen anderen Ebenen: Dem anderen Zugeständnisse in Bezug auf die Inspektionen vor Ort zu machen, fremde Beobachtungsflüge über dem eigenen Territorium zuzulassen, über die Anzahl der Sprengköpfe zu verhandeln, über die man verfügt usw. Diese Verhandlungsbereitschaft Russlands kommt den USA trotz und neben den höchsten, ganz inkommensurablen Zwecken, um die es ihnen bei den Verhandlungen geht, sehr gelegen.

— Wie kommt es, dass Lawrow im Interview auf S.121 ausführlich bespricht, wie die USA jede Einigung ad absurdum führen, er aber trotzdem seine Verhandlungsbereitschaft nicht aufkündigt?

Sieht man sich den aktuellen Fall der Ukraine und der Fortschreibung der Auseinandersetzung dort an, geht es hier wieder um eine Front, die die USA gegen Russland aufbauen, wo sie also durch neue Waffen, die Ausdehnung des Nato-Gebietes usw. ihrem Ideal der Eskalationsdominanz ein Stück näher kommen wollen. Da gibt es auf diese Front bezogene Interessen Russlands, über die Russland verhandeln will. Wenn Lawrow eine Liste aufführt, was die Nato in den letzten Jahren alles gemacht hat, wo sie welche Verträge gebrochen hat, wo sie weitere Truppen aufgestellt hat, wo sie sich den russischen Grenzen genähert hat, wo sie den russischen Einfluss bestritten hat, dann ist das die *russische Seite* der Diplomatie. Die USA klopfen diplomatisch ab, was sie sich gegenüber Russland alles erlauben können und wie Russland sich dazu stellt. Lawrow signalisiert komplementär an die USA, was Russland als unzulässige Einkreisung, als Isolierung und damit als potentiellen Kriegsgrund betrachtet.

— Können die Argumente zum potentiellen Kriegsgrund nochmals ausgeführt werden?

Es gibt nicht nur die Warnung der USA gegenüber Russland, wenn sie fordern, dass Russland die Truppen von den Grenzen zurückziehen und für mehr Transparenz sorgen muss. Auch auf der russischen Seite gibt es das diplomatische Statement von Putin, wo er eine „rote Linie“ überschritten sieht. Dazu gehört, dass die Ukraine nicht in die Nato aufgenommen wird. Russlands Warnung an den Westen besteht an dieser Stelle darin, dass seine existentiellen Sicherheitsinteressen zu respektieren sind. Putin warnt den Westen damit davor, dass ein Angriff auf ein derartiges russisches Sicherheitsbedürfnis empfindliche Reaktionen nach sich ziehen werde. Das kann und soll man auch als Kriegsbereitschaft verstehen.

Daran bemerkt man nochmal die unterschiedlichen Positionen der USA und Russlands, die bereits besprochen wurden. Russland verfolgt nicht den Standpunkt, die USA als potente

Weltmacht zu beseitigen, sondern es kommt ihm darauf an, diese Weltmacht in Schranken zu weisen, so dass sie Russland als eine koexistierende Großmacht dulden muss.

Beide Seiten wissen, dass sie gegensätzliche Interessen auf der Welt vertreten und diese auch jeweils durchsetzen wollen. „Dulden“ heißt, dass gewisse Schranken von den USA eingehalten werden müssen. Die „Feindschaft loszuwerden“ heißt nicht, dass anschließend Freundschaft herrscht. Der Vernichtungsdrohung, der Einkesselung und der Beschränkung der Machtentfaltung von Seiten der USA will Russland Grenzen setzen, indem es deutlich macht, dass es über entsprechende Mittel verfügt, um sich nicht alles gefallen lassen zu müssen, und auch bereit ist, diese einzusetzen.

*

— Die frühere Russlandpolitik der USA bestand darin, die Aufrüstungseskalation mit einer Rückversicherung zu begleiten. Dafür standen die Rüstungskontrollverhandlungen. Aus der Sicht Trumps ist die Überlegenheit der USA gegenüber Russland – sowohl ökonomisch wie militärisch – unbestritten. Daher stellen die Rüstungskontrollen für ihn eine Beschränkung der USA in ihrer Weltmachtqualität dar. Ist das nicht eine heikle Angelegenheit, wenn Trump diese Rüstungskontrollen aufkündigt? Dessen Programm war ja auch in den USA und bei den Verbündeten umstritten und wurde von Biden in gewisser Weise korrigiert. Nicht umsonst steht im Artikel später, dies sei das Programm eines „politischen Amokläufers“.

Die Bezeichnung „politischer Amokläufer“ zitiert die ideologische, öffentliche Charakterisierung von Trump. Das soll nicht heißen, es gäbe in Bezug auf die Rüstungskontrollverhandlungen auch einen sachlichen Grund für diese Einordnung. Das sieht man daran, dass Biden drei von vier Verträge, die Trump gekündigt hat, nicht wieder aufnimmt. Insofern kann nicht alles „Amok“ gewesen sein, was Trump gekündigt hat. Die öffentliche Begutachtung Trumps tut so, als hätte *er* die ganze Rüstungsdiplomatie kaputt gemacht und darüber die Welt dem Krieg ein Stück näher gebracht. Das lebt von der ideologischen Vorstellung, Rüstungsdiplomatie wäre ein Mittel dafür, dass die Gegner ihre Waffen teilweise abrüsten und man so dem *Frieden* ein Stück näher komme. Die Ankündigung Bidens, er wolle zur Diplomatie zurückkehren, wird genommen als eine Rüstungsdiplomatie, die wieder mehr *Stabilität* verspricht und die Sicherheitsarchitektur belebt, die Trump kaputt gemacht hat. Der GS-Artikel leistet den Nachweis, dass es keinen Gegensatz zwischen Aufrüstung und Rüstungsdiplomatie gibt, sondern die Rüstungsdiplomatie ein Mittel der Aufrüstung ist.

Die Diplomatie der USA ist das flankierende Moment zu der Feindschaft, die sie gegenüber Russland betreiben. Es gibt eine Kontinuität in der Politik von Obama bis Biden. Der Standpunkt von Trump war, dass eine Supermacht Abkommen dieser Art nicht nötig habe, dass das eine Selbstfesselung der USA darstelle und Russland im Prinzip wie eine Regionalmacht zu behandeln sei. Die im Artikel ausführlich behandelten verschiedenen Abkommen zeigen, wie gut diese Abkommen in das Kalkül und in die Strategie der USA, die strategisch-politische Einkreisung Russlands zu betreiben, passen. Die *Kündigung* einiger Abkommen erfolgte, weil sie nicht mehr für nötig befunden wurden. Das hat nichts mit „politischem Amoklauf“ zu tun.

Die Kündigung der Verträge durch Trump war also keine Willkürentscheidung, sondern verdankt sich dem Urteil, dass die Verträge Beschränkungen der heutigen Aufrüstungsbemühung der USA darstellen. Verträge zu taktischen Atomwaffen, zu Überflugrechten und Inspektionen sind lauter Abkommen, die sich angesichts der Rüstungsbemühungen der USA und ihrer Anstrengung, Russland totzurüsten, als Schranken erweisen. Besonders deutlich wird das an ihrer Absage des Verbots von Atomtests. Für die Modernisierung der atomaren Bewaffnung brauchen die USA diese Tests, um die neuen Waffen zu untersuchen, auszuprobieren und deren Anwendung zu üben.

Als ersten Rüstungskontrollvertrag hat Trump den **INF-Vertrag** gekündigt. Vor dem Hintergrund, dass die USA Russland mit Interkontinentalraketen, die zu Land, auf See und in der Luft stationiert sind, bedrohen können, wollen sie unbedingt den europäischen Teil Russlands noch mit atomwaffenfähigen Kurz- oder Mittelstreckenraketen konfrontieren. Die Aufkündigung des INF ist die Ankündigung des Willens, sich diese Waffen für dieses neue

Kriegsszenario zu beschaffen, sie aufzustellen und perspektivisch in ihre Kriegsvorbereitung einzubauen. Sie schließen damit eine Lücke in ihrer Eskalationsdominanz und machen damit eine zweite Atomkriegsfront gegen Russland auf. Das, was sie mit ihren Interkontinentalraketen von heimischem Boden aus an Vernichtungspotenzial anzubieten haben, können sie jetzt in gleicher Größenordnung auch von Europa aus. Sie können damit einen Krieg gegen Russland auf oberster Atomkriegsebene eröffnen, der das amerikanische Heimatland nicht mit einbezieht. Demgegenüber ist es ziemlich unerheblich, wenn Amerika auch noch darauf besteht, Russland hätte gegen den Vertrag verstoßen. Sie haben *ihre* Gründe aus dem eigenen amerikanischen Aufrüstungsbedarf heraus, warum dieser Vertrag nichts mehr taugt.

— Dass die Amerikaner auf jeder Ebene der Waffengattung den Russen eine Vernichtung androhen können, findet jetzt mit dem Aufstellen von Mittelstreckenraketen seine Fortsetzung. Sie können den Russen auf dem europäischen Teil von Westeuropa aus eine Kriegs- und Vernichtungsdrohung aufmachen. Sie machen damit Europa zum Kriegsschauplatz und gemäß ihrem strategischen Ideal eben zum atomaren Gefechtsfeld ohne die Gefahr, dass dieser atomare Schlagabtausch ihr Territorium erreicht. Sie verschaffen sich da eine neue Freiheit in Sachen atomarer Kriegsführung gegen Russland.

Es ist also nicht die Wahrheit, wenn in den Zeitungen bedauert wird, dass dieser unfähige Egomane mit seinem politischen Amoklauf alles kaputt gemacht habe. Der brutale Inhalt seines Programms bestand darin, dass Europa zum Kriegsschauplatz hergerichtet wird, um einen Atomkrieg gegen Russland unbeschadet vom eigenen Homeland auf dem europäischen Schauplatz führbar zu machen. Das war und ist der Zweck der Kündigung des INF-Vertrags.

*— Die Kündigung des **MTCR** geht über die Gegnerschaft der USA zu Russland hinaus. Das Abkommen zielte darauf ab, mit Russland eine gewisse Begrenzung der Trägersysteme auszuhandeln. Gesichert werden sollte das Monopol der damaligen Atommächte auf Trägerraketen und -systeme. Angesichts des eigenen technischen Fortschritts – Stichwort: unbemannte und schlagkräftig bewaffnete Drohnen –, den auch Russland und vor allem China hingelegt haben, erklären die USA die bisherigen Abkommen als hinderlich, denn sie wollen auf diesem Gebiet den eigenen Fortschritt voranbringen.*

Den „eigenen Fortschritt voranbringen“ hat bei diesem Abkommen noch eine ganz eigene Facette. Es geht nicht nur darum, dass die USA ihre Drohnen-Technologie weiterentwickeln und entsprechende Trägersysteme benutzen, sondern dieses Abkommen verpflichtet beide Seiten, bestimmte Technologien nicht weiterzugeben. Es untersagt also den USA, ihre Geräte an Verbündete zu liefern – währenddessen verkaufen die Chinesen in aller Welt ihre Drohnen.

— Hier kommt der Weltmarkt als Argument dazu. Die USA betrachten diese neue Waffengattung als eine Sphäre, mit der sie als Rüstungsexportnation auf dem Weltmarkt dominieren wollen. Die chinesischen Rivalen wollen sie ausbooten.

Weil man mit solchen Rüstungslieferungen andere Staaten in militärisch so bedeutsamen Fragen von sich abhängig macht, gilt es, insbesondere die Chinesen daran zu hindern, dass ihnen das gelingt.

An dem **Open-Skies-Abkommen** stört sowohl Trump als auch Biden, dass darüber Russland die militärische Aufrüstung und Kooperation der USA auf dem europäischen Territorium befugterweise überwachen kann. Hier soll Unberechenbarkeit hergestellt werden. Russland soll mit allem rechnen müssen und nie genau wissen, wo und welche Gefahr aktuell droht. So sollen die Russen nicht mehr sehen können, welche Waffen, Bataillone etc. in den baltischen Staaten, der Ukraine oder Polen positioniert werden, oder welche Art von Manövern stattfinden, in welcher Weise die Kooperation zwischen den verschiedenen Truppenteilen eingeübt und dafür eine entsprechende Infrastruktur geschaffen wird – wie also Europa als Aufmarsch- und Kampfgebiet hergerichtet wird.

Zum unterschiedlichen Umgang von Trump und Biden mit dem **New-START:**

— Wenn Trump New START nicht gekündigt hat (dort wurden 2010 Obergrenzen für Nuklearsprengköpfe und Trägersysteme festgelegt), wollte er nicht nur die Begrenzung dieser Waffengattung beibehalten, sondern sie als Erpressungshebel gegen Russland

einsetzen. Mit seinem Zugeständnis, das Abkommen nicht zu kündigen, sollte Putin seinerseits zu Zugeständnissen gebracht werden. Wie geht so was? Die USA setzen ein gigantisches Aufrüstungsprogramm in die Welt, wozu auch eine nationale Ökonomie gehört, die das leisten können muss. Das nutzt Trump als Erpressungsmittel und verlangt von Russland, nicht nur die Reserven an Atomsprengköpfen und Raketen zu reduzieren, sondern zusätzlich die taktischen Atomwaffen sowie die neuen Ultraschallwaffen wegzuwerfen. Trump fordert damit von Russland, seinen Status als militärisch Unterlegener gegenüber den USA herzustellen.

Der Eingangsgedanke erklärt, wieso Trump sich in so einer guten Position beim Erpressen Russlands sieht: Trump hält diesen Vertrag eigentlich für überflüssig, Russland hat dagegen ein ausgeprägtes Interesse daran. Die Aufrechterhaltung des Vertrages selber bringt Trump als Erpressungsmittel in Anschlag. Mit den Russen wird nur verhandelt, wenn sie ‚Vorleistungen' erbringen: alles, was sie sich in den letzten Jahren zum Erhalt ihrer Zweitschlagfähigkeit zugelegt haben, sollen sie wegschmeißen.

Die Absurdität dieser Rüstungskontrollverhandlungen besteht also darin, dass die USA in diese Verhandlungen mit dem Standpunkt eintreten, den Vertrag nicht nötig zu haben und den Russen den Status eines Verhandlungspartners nicht zuzugestehen, weil sie Verbrecher seien, die sich an keine Verträge halten und den ganzen Globus mit ihren bösartigen Aktivitäten überziehen usw. Von daher stellen sie einen ellenlangen unverschämten Forderungskatalog auf. Die amerikanischen Forderungen sind so weitgehend, dass auch sie selbst wissen, dass Russland sie nicht erfüllen kann, z.B. die Forderung, die Chinesen mit an den Verhandlungstisch zu bringen. Russland wird damit die Alternative präsentiert, entweder die Forderungen zu erfüllen oder totgerüstet zu werden. Ersteres käme zwar einer Kapitulation gleich, würde ihnen aber wenigstens die immensen weiteren Kosten ersparen. Die Trump-Regierung will nicht nur den Gegenstand eines lange bestehenden Vertrages ändern, sondern stellt auch das Existenzrecht des Verhandlungspartners zur Disposition.

— Weder von Trump noch von Biden wurde das New START gekündigt. Es gibt aber einen Unterschied zwischen Trump und Biden in der Form der Rüstungsdiplomatie. Trump erklärt die Rüstungsdiplomatie für überflüssig, da sie die USA nur darin hindern würde, Russland totzurüsten. Auch Biden will jeden Rest von Ebenbürtigkeit Russlands überwinden. Seine Vorgabe ist jedoch, dass dieses Totrüsten des Gegners „stabil und vorhersehbar" erfolgen soll.

Der Unterschied besteht darin, dass Trump keinen Bedarf an diesem Abkommen und deswegen umso mehr die Gelegenheit sah, die Russen zu erpressen, weil die ein enormes Interesse daran haben. Biden hingegen sieht sehr wohl einen Bedarf, diese Materie als Gegenstand von Rüstungsverhandlungen zu betreiben. Er verlängert New START und stellt dabei klar, dass das nichts mit zunehmender amerikanischer Friedfertigkeit zu tun hat, dass die USA nicht Abstand nehmen von ihrem Aufrüstungs- und Einkreisungsprogramm gegenüber ihrem Gegner. Im Gegenteil: Biden bezeichnet ausgerechnet Trump als Putins Schoßhündchen, der amerikanische Interessen verraten hätte. Nach der sachlichen Seite treibt er das Aufrüstungsprogramm fort. Auf der rüstungs*diplomatischen* Ebene kommt er auf das „atomare Patt" zurück. Die Attribute „stabil und vorhersehbar" müssen in diesem Zusammenhang noch bestimmt werden.

— Mit „stabil und vorhersehbar" ist Bidens Militärpolitik gegenüber Russland angesprochen. Im Artikel sind die Maßnahmen im Einzelnen aufgeführt: der Aufmarsch im Schwarzmeergebiet, das größte NATO-Manöver aller Zeiten, das gigantische Investitionsprogramm in eine neue Raketen-Artillerie. Mit diesem Programm eskaliert Biden die Politik seiner Vorgänger weiter. An der Stelle soll die Rüstungsdiplomatie Russland dazu bringen, sich nicht gegen dieses Programm zu wehren.

Im Unterschied zu Trump sieht sich Biden weiter genötigt, mit den *militärischen* Fähigkeiten Russlands zu kalkulieren, weil er von dessen Zweitschlagfähigkeit ausgeht. Angesichts des amerikanischen Programms, das Monopol auf der obersten Atomkriegsebene herzustellen, auch auf dieser Stufe Eskalationsdominanz zu gewinnen, müssen die USA sich weiterhin mit den Russen ins Benehmen setzen und sich vergewissern, dass die – so in die Enge getrieben – keine falschen Schlüsse ziehen und sich zur Wehr setzen. Um Russland der

Zweitschlagfähigkeit zu berauben, muss sichergestellt werden, dass sie die nicht nutzen, solange sie noch besteht.

— Bidens Vorhaben ist auch deswegen keine Kleinigkeit, weil es auch auf Seiten der Russischen Föderation einiges an Entwicklung gegeben hat. Die Russen haben die Atomwaffen der nächsten Generation entwickelt, neue Interkontinentalraketen und modernste Hyperschallwaffen gebaut. Das alles ist für die Biden-Regierung Anlass, Russland auf diesem Gebiet zu überrunden. Die Diplomatie soll für die Berechenbarkeit dieses Programms sorgen.

Die neue US-Administration besinnt sich darauf, dass der für Russland gewünschte Status, nämlich eine marginalisierte und zu verachtende Regionalmacht zu sein, *so nicht vorliegt.* Russland verfügt nicht nur über das Atomwaffen-Arsenal aus SU-Zeiten, sondern hat es modernisiert und auch neue Waffen entwickelt. Deswegen gibt es seitens der USA die Notwendigkeit, mit ihm in Verhandlungen zu treten, um sich gegenseitig zu versichern, von diesen Waffen keinen Gebrauch machen zu wollen. Russland hat sich mit den neuen Waffen ein wirksames Mittel gegen den Raketenabwehrschirm der Amis beschafft, hat also auf diese Weise seine Zweitschlagfähigkeit vor der nächsten amerikanischen Aufrüstungsrunde gerettet.

Wenn also die Atommächte in entsprechenden Verträgen Obergrenzen für ihre Atomraketen festlegen, ist das kein Grund, erleichtert aufzuatmen, weil das doch so was Ähnliches wäre wie Abrüstung und Frieden. Dagegen stellen die Amis den Inhalt *ihres* Aufatmens klar, nämlich dass sie sich mit dem Rüstungskontrollabkommen den Freiraum und die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen haben, ihre weitere Aufrüstung zu betreiben.

*

Das Thema beim nächsten Jour Fixe **am 10. Januar 2022** wird auf der Website des GS bekanntgegeben. Voraussichtliches Thema sind die aktuellen Ereignisse in Weißrussland: Was will Lukaschenko? Welche Rolle spielen Polen, die EU, die USA und Russland? Material dafür findet man in den Tageszeitungen.